

# Brief aus dem Abgeordnetenhaus

1 | Nov. 2018

Andreas Wild, MdA

Alternative  
für  
Deutschland



## Inhalt

Seite 3  
Wahlkampf  
Bayern

Seite 4  
Merkel muß weg  
Impressum

Seite 5  
Späte  
Genugtuung

Seite 6  
Erklärung des  
Blaublümigen

*Liebe Berlininnen und Berliner!*

der Begriff *Einigkeit und Recht und Freiheit* beginnt mit dem Wort Einigkeit. Einigkeit im Volk, Zusammenhalt in der Familie, Geschlossenheit in der Partei. Nur mit Geschlossenheit können wir uns gegen mächtiger werdende Gegner wehren. Ohne permanente Einigung wird eine Partei schutzlos.

Die AfD, die am schnellsten wachsende Partei seit Ende des Zweiten Weltkrieges, wird mit zunehmender Fahrt immer absurder angefeindet. Die Drohung mit der Verfassungsschutzkeule könnte uns völlig kaltlassen, wenn der Auftrag der dem jeweiligen Landesrecht unterstehenden Verfassungsschutzabteilungen hieße, unsere Verfassung zu schützen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist ein Inlandsnachrichtendienst. In sieben Bundesländern bestehen *Landesämter für Verfassungsschutz*; in neun anderen werden die Aufgaben von einer Abteilung des Landesinnenministeriums wahrgenommen. Sie alle sind weisungsgebunden.

Es ist naheliegend, dass der jeweilige

Verfassungsschutz in den Ländern aufgrund regierungsseitig besetzter Fachabteilungen und -aufsichten eher den Auffassungen und Auslegungen seiner Brötchengeber entspricht. Eine Partei, die sich eine angenehmere Bevölkerungsmischung und gesteuerte Einwanderung auf die Fahne schreibt, hat es dabei besonders schwierig. Jawohl, die AfD ist eben nicht mit der Einwanderungspolitik der letzten 20 Jahre einverstanden. Das ist sozusagen unser

Kerngeschäft. Deswegen haben wir uns zusammengefunden. Nun müssen die Ärmsten der Armen nicht mehr in ihren unrenovierten Vierteln auf die nächsten ätzenden Nachbarn warten.

Die Linke wird von Kurden dominiert; in der SPD sind es Aleviten. Die Grünen haben die Verdoppelung ihres Umsatzes auch Wählerwanderungen eingedeutscher Muslime zu verdanken. Noch profitieren gut bezahlte linksrotgrüne Karriere-deutsche von den stramm organisierten Wählermassen unter der Oberfläche. Zum Dank werden die Programme von Linken, SPD und Grünen vom nicht enden wollenden Wellnessprogramm des bevorzugten neuen Wahlvolkes dominiert. Mit immer neuen Macht-, Mengen- und Mehrheitsverhältnissen wird der Aufenthalt von Muslimen in diesem Land ständig verbessert. Doppelte Staatsangehörigkeiten werden ausgehandelt. Zum Beispiel mit der Türkei, mit der die Bundesrepublik nicht einmal ein Auslieferungsabkommen für Gewalttäter hat. Das Wahlrecht sollen

**Staatsreparatur**  
Prädikat: Staatsversagen

Wie macht man Wirtschaft, ein Volk und ein ganzes Land kaputt?

**Blauer Dialog mit Prof. Dr. Henning Zoz**  
Nanotechnologie, Clean- u. Greentech-Unternehmer, Manager des Jahres 2011

27.11.18 19.00 Uhr  
Jungfernstieg 4b

Alternative für Deutschland  
Andreas Wild, MdA

12207 Berlin, S-Bahn Lichterfelde-Ost

am besten schon Touristen ab 16 Jahren bekommen. Solche Kartellkräfte demonstrieren seit Jahren den Wähler- und Verfassungsauftrag eines souveränen Staates - unbehelligt von Verfassungsschützern. Lediglich Hans-Georg Maaßen hat die Omertà gebrochen und die Quittung dafür bekommen. Der gebürtige Berliner Bernd Palenda (SPD) tat das Äußerste, was ein auch seiner Familie verpflichteter anständiger Beamter tun kann: Er bat seinen Staatssekretär Akmann (SPD) in der Sitzung des Berliner Innenausschusses um seine Versetzung. Chapeau!

Aus dieser verzerrten Perspektive erscheint die AfD einem System von Kooperationspartnern aus Politik, Medien, Betreuungsindustrie und einwanderungsfreudigen Migranten natürlich als eine Bedrohung. Einer Beobachtung kann sich eine seriöse Gruppe nicht dadurch entziehen, dass sie besonders buchstabengetreu die Verfassung rezitiert. Wir sind in dem Moment gefährlich, in dem wir wirkmächtig werden. Wir können nur auf Dienst nach Vorschrift und innerliche Kündigungen der letzten im VS beschäftigten Herzensdeutschen hoffen.

Sicherlich sind keine Provokationen unsererseits nötig, wenn wir vom Bürger verstanden werden wollen. Wir sollten uns aber nicht gegenseitig Anfängerfehler, Fauxpas und von der Presse unglücklich ausgelegte Formulierungen vorhalten, solange Parteifreunde auf dem Boden des Grundgesetzes und im Rahmen des Parteiprogrammes bleiben. Vorstände sollten integrativ wirken. Selbstverständlich unterstehen Menschen in Amt und Würden besonderer Beobachtung. Sie müssen sich benehmen und auf passende Kleidung achten. Wer aufgrund grober Schnitzer zur Ordnung gerufen werden muß, sollte aufgefangen werden. Es bestünde die Möglichkeit, innerhalb der Desiderius-Erasmus-Stiftung Internet- und Pressegeschädigte in Wort, Schrift und Verhalten zu coachen. Wo sollen die Leute sonst hin? Zurück geht's nicht mehr und Suizidkandidaten und Radikale wollen wir nicht hinterlassen. Eine bloße Ausgrenzung Betroffener gefährdet den innerparteilichen Frieden und damit den Gesamterfolg unseres großartigen Parteiprojekts - denn es gibt immer zwei unterschiedliche Außenwirkungen.

In diesem Licht scheinen die derzeitigen Säuberungsaktionen innerhalb der AfD geeignet, der Partei nachhaltig zu schaden. In Berlin ist der mangelnde Integrationswille im Landesverband und der Fraktion schon fast sprichwörtlich. Es ist verständlich, dass vor Wahlen klare Kante gezeigt werden muß. Spätestens nach Magdeburg sollte gleichermaßen mit Aufarbeitung und Versöhnung begonnen werden. Parteimitgliedern muß die Möglichkeit gegeben werden, in einer Parteischule ihre Haltung zu bestimmten Themen zu überdenken. Durch Schulungen und Eigenrecherche könnten viele der aus dem Netz übernommenen komplexen

entgegen meiner persönlichen Einschätzung schon über 25 Bewerbern den Laufpass geben. Mir blutet das Herz. Eine Volkspartei sollte mit der Bevölkerung verwoben sein. Ansonsten ist sie leichter zu isolieren. Die SPD erschlägt ihre Gegner mit der Bürokratie. Wenn Merz und die Atlantikbrücke dazukommen, wird es schwieriger für uns. Wir sind jung und brauchen die Mitgliedsbeiträge.

Wer versteht, dass verdiente Mitglieder wie Sibylle Schmidt nicht aufgenommen werden? Sie steht seit zwei Jahren in der Partei und in der



„Wahrheiten“ relativiert und auch aus anderen Perspektiven betrachtet werden.

Einige konstruktive Verbesserungsvorschläge, deren Regelung Aufgabe des Landesvorstands wäre, sind: In Steglitz-Zehlendorf werden viele Parteiinteressierte entmutigt. Neugierige werden durch die an geheimen Orten abgehaltenen Stammtische abgeschreckt. Die Bezirksarbeit beschränkt sich auf einen monatlichen Informationsstand. Der parteiinterne Dialog ist eingeschränkt, freie Diskussionen werden unterdrückt. Welches Parteimitglied will eine solch langweilige Parteiarbeit?

Wir sollten alle Interessierten online aufnehmen. Als Mitgliederbeauftragter in Steglitz-Zehlendorf mußte ich

Kreuzberger BVV für die AfD ihren Mann. Oder der 34-jährige Dejan Senic, der als Sicherheitsmann fleißig und engagiert arbeitet, verheiratet ist und drei kleine Kinder hat. Seine Eltern stammen aus Serbien. Dieses Wegbeißen potentieller Konkurrenten muß aufhören.

In der AGH-Fraktion ist mit Jessica Bießmann der/die dritte Abgeordnete ausgeschlossen worden. Der Katzentisch wird immer länger. Man habe gute Gründe gehabt und wolle Stillschweigen bewahren. Erinnert Sie das nicht auch eher an kargen DDR-Sprech als an *Mut zur Wahrheit*?

Eine mutige Parteiführung stellt sich hinter ihre Mitglieder und nicht gegen sie. Der Versuch, den Parteikörper durch chirurgische Maßnahmen gesund zu halten, kann nicht gelingen, wenn

der ganze Körper dadurch verwundet wird. Ob Dr. Ludwig Flocken in Hamburg, Bernd Gebert, Jannik Brämer und Jessica Bießmann in Berlin, die „Kandel ist Überall“-Initiatorin Christina Christen in Rheinland-Pfalz oder Björn Höcke in Thüringen. Wer arbeitet, macht Fehler. Wer viel arbeitet, macht viele Fehler. Wer keine Fehler macht, ist ein Faulpelz. Wir brauchen alle. Natürlich muß man Fehler auch einsehen und sich entschuldigen können.

Wie wollen wir in Zukunft mit lokalen Bewegungen wie *Zukunft Heimat* in Cottbus, *Pegida* in Dresden, *Ein Prozent für unser Land* oder der *Identitäten Bewegung* umgehen? Natürlich liegt es an den Bewegungen selbst, ihren Status und Umgang zu definieren. Wer vom Verfassungsschutz beobachtet wird, hat eine Signalwirkung auf andere. Unerfahrene und weniger gebildete Menschen können dadurch zu extremen Gedanken und Handlungen in der Gruppendynamik verleitet werden. Meiner Meinung nach sollten wir diesen Gruppen helfen, nach vorgeschriebener Prüfungszeit ihre Verfassungskonformität wiederzuerlangen. Natürlich müssen wir jetzt erst einmal

Abstand halten. Wenn wir vom Verfassungsschutz beobachtet würden, müssten zum Beispiel alle Beamten die Partei verlassen. Das können wir nicht riskieren. Das sollten die genannten Gruppen verstehen. Sie müssen an sich arbeiten und begreifen, dass auch gemäßigte Worte das Treffende sagen können.

Dies gilt aber auch für die Presse. Warum werden immer Lutz Bachmanns Vorstrafen erwähnt? Er hat sie verbüßt und leistet seit vier Jahren Kärnerarbeit. Ohne ihn gäbe es in Dresden keine Menschenmengen auf den Straßen. Beobachtung! Warum nur? Es ist nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, Leichen und Lebenslängliche zu produzieren. Es muß rechtzeitig eingegriffen und mit Menschen geredet werden, wenn sie verbale Grenzen überschreiten. So stellt man sich eine Reform der VS-Aufgaben vor.

AfD-Mitglied Leyla Bilge organisiert eine Demonstration gegen den Migrationspakt, und die AfD hat nichts Besseres zu tun, als dazu aufzurufen, nicht teilzunehmen. Das Gleiche gilt für

den Merkel-muß-weg-Mittwoch von 18.00 bis 19.00 Uhr vor dem Kanzleramt.

Franz Wiese, Landtagsabgeordneter aus Brandenburg, steht sich mit seinen wackeren Streitern jeden Mittwoch die Beine in den Bauch. Die AfD-Berlin informiert noch nicht einmal darüber. Warum? Frischen Wind in die Flure, frischen Wind in die Vorstände, frischen Wind in die Mitgliederlisten.

Mut zur Wahrheit!  
Es grüßt Sie, Ihr

Andreas Wild  
C.W.



## Wahlkampf Bayern

Mit Heinrich B. aus Neukölln ging es in der Woche vor der Bayernwahl nach Bayern. Auftritte in Rosenheim, Bad Aibling, München, und Bad Reichenhall.

In München Roadshow mit 200 km-Tour durch die bayrische Landeshauptstadt und Pullach, wo wir dem BND unseres Aufwartung machten. In München gab es den stärksten Gegenwind. Linke Gutmenschen und migrantischer Pöbel brachten uns



mehrfach massive Verachtung entgegen, das bis zum Bespucken reichte. Strafanzeigen kühlten das Mütchen.

Auf dem AfD Truck: Petry Bystron, Uwe Junge und Jan Nolte (MdBs).

Franz Bergmüller, Andreas Winhardt und Ulli Henkel (MdLs) sprachen ebenso auf dem AfD-Truck.

Besonderen Eindruck hinterließ der



Bayrische Defiliermarsch unter der Plane vor dem Münchener Oktoberfest. Die Aufmerksamkeit Tausender viel etwa häftig zustimmend und ablehnend aus. Als AfD-Mann muß man über eine gewisse Schmerzfreiheit verfügen.



Allen 22 neuen MdL-Kollegen in Bayern und Ihren Mitarbeitern alles Gute für die kommende Legislatur!

Tolle Aktion mit vielen guten Gesprächen und einem krönenden Abschluß am Wendelstein AW



## Jeden Mittwoch 18.00 Uhr Kanzleramt



## Impressum

Andreas Wild, MdA  
 Abgeordnetenbüro  
 -- Staatsreparatur --  
 Jungfernstieg 4 b  
 12207 Berlin  
 Direkt am S-Bahnhof  
 Lichterfelde-Ost  
 Tel. 030-209677555  
 wild@wild-agh.de

## Späte Genugtuung Türkeireise - Fraktionsausschluß – Abmahnung aufgehoben!



Inzwischen ist mein Ausschluß aus der AfD-Fraktion schon fast Geschichte, man könnte zur Tagesordnung übergehen. Das Landesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 4.7.18 im wesentlichen festgestellt, daß es Sache der Fraktion sei, ob sie ein Mitglied ausschliesse. Die Gründe seien nicht anfechtbar.

Neben dem Ausschluß aus der Fraktion maßregelte mich gleichzeitig der Landesverband und schickte mir eine Abmahnung.

Nun entschied am 10.10.18 das Landesschiedsgericht (LSG) über die Rechtmäßigkeit dieser Abmahnung und beackerte damit das Feld, von dem ich gehofft hatte, das Verfassungsgericht sähe sich zuständig **Urteil: Die Abmahnung gegen mich wird aufgehoben wird.**

Zum Tatbestand sagt im Urteil das LSG: „Der Antragsteller ist Mitglied des Abgeordnetenhaus Berlin. Im Sommer des Jahres 2017 bereiste er die Türkei. Zu diesem Zeitpunkt gehörte er noch der Fraktion der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus an.

In der Türkei traf er sich unter anderem mit verschiedenen Vertretern dort tätiger Parteien zu politischen Gesprächen, wobei im Einzelnen strittig ist, mit welchen Personen der Antragsteller derartige Unterredungen geführt hat. Vor seiner Abreise wurde er von Vorstandsmitgliedern der Antragsgegnerin aufgefordert, von

seinem Vorhaben Abstand zu nehmen, was der Antragsteller jedoch unterließ. Nach seiner Rückreise veröffentlichte er eine Presseerklärung, in der er die Öffentlichkeit über die Inhalte seiner Gespräche informierte. Diese betrafen eher allgemeine Fragen des deutsch-türkischen Verhältnisses.

Die Antragsgegnerin erteilte dem Antragsteller mit Schreiben vom 24.07.2017 wegen dieser Angelegenheit eine Abmahnung. ...

Die Antragsgegnerin ist der Auffassung, die politisch motivierte Reise hätte durch den Antragsteller nicht in dieser Form durchgeführt werden dürfen. Sie ist weiterhin der Ansicht, der Antragsteller habe durch seine Gespräche mit den Vertretern türkischer Parteien gegen einen Beschluss des Bundesvorstandes vom 21.10.2016 verstoßen ...

### **Entscheidungsgründe**

Die vom Antragsteller unternommene Reise in die Türkei und die dort mit Vertretern türkischer Parteien abgehaltenen Gespräche sind von ihm vornehmlich in seiner Eigenschaft als Parlamentarier des Berliner Abgeordnetenhaus ausgeübt worden.

**Die Teilnahme eines Abgeordneten an Unterredungen mit ausländischen Politikern vom Zustimmungsvorbehalt eines Vorstandsgremiums der AfD**

abhängig zu machen, verstieße ihrem Wesen nach gegen die in Art. 38 Abs. 4 der Verfassung des Landes Berlin garantierte Weisungsfreiheit des parlamentarischen Mandats.“ ...

Und weiter: „Aus dem Beschluss des Bundesvorstandes vom 21.10.2016 lässt sich ebenfalls keine Pflicht des Antragstellers zur vorherigen Einholung einer Zustimmung oder Erlaubnis durch Gremien der Partei herleiten.

Bei dem Beschluss handelt es sich dem Wortlaut nach um eine Soll-Vorschrift, die zudem nur Mitglieder des Bundesvorstandes selbst binden soll.“

„Ebenso ist es nicht entscheidungserheblich, ob der Antragsteller sich tatsächlich mit Vertretern der Partei MHP getroffen hat. ....

Mit der vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste soll verhindert werden, dass Mitglieder der AfD sich parallel in den dort gelisteten Organisationen betätigen. Dem Antragsteller wird jedoch weder der Vorwurf gemacht, sich bei der MHP oder den "Grauen Wölfen" zu engagieren, noch deren politische Ziele ideell zu unterstützen.

Letztlich wurde seitens der Antragsgegnerin auch ein Schaden für die Partei nicht hinreichend konkret dargetan.

**Zum einen ist die Existenz einer freiheitlichen Gesellschaft daseinsnotwendig auf das Elexier eines kontroversen Meinungs austausches angewiesen, zum anderen sind gerade in Bezug auf die AfD und deren generell verzerrt dargestelltes Bild in der allgemeinen Medienberichterstattung hierfür erhöhte Bewertungsmaßstäbe anzusetzen.“**

Hervorhebungen AW





## Erklärung des Blaublümigen

### Königin Luise – Heimatverbundenheit – Antisemitismus?

#### Eingeständnis

Ich, Andreas Wild, habe gefehlt und muß die Konsequenzen aus dieser Verfehlung tragen. Ich habe mit einer blauen Blume am Revers den 80. Gedenktag zu den nationalsozialistischen Novemberpogromen in Berlin entwürdigt. Das ist jetzt auch mir bewußt geworden.

Von den Trauerzugteilnehmern hat das keiner bemerkt: Lea Rosh nicht, Burkhard Dregger nicht, die Bischöfe Dr. Dröge und Dr. Koch nicht und Bürgermeister Müller sowieso nicht. Noch nicht einmal Gideon Joffe. Möglicherweise wäre die blaue Blume noch nicht einmal Simon Wiesenthal aufgefallen.

Nun wird mir in der Öffentlichkeit vorgeworfen, ich sei ein Antisemit, ein Rechtsextremer. Innerhalb der Partei droht die blaue Blume, der Zündstoff für ein weiteres Parteiausschlussverfahren zu werden.

Lea Rosh verweigerte mir, dem Abgeordneten, mich in die Reihe derer zu stellen, welche die Namen der von den Nationalsozialisten ermordeten jüdischen Berlinern vorlesen wollten. Allerdings lag das nicht an der Blume, sondern an meiner AfD-Mitgliedschaft. Und genau deswegen ging es Georg Pazderski, der keine blaue Blume trug, nicht anders.

#### Keine Rechtfertigungsversuche

Ich lehne es ab, mein Vergehen zu relativieren oder gar zu rechtfertigen, weder mittels historischer Analyse zum Symbol der blauen Kornblume, die für die deutsche Romantik, Königin Luise, ihren Sohn, den späteren Kaiser Wilhelm I., und für die Befreiungskriege steht, noch durch Hinweise auf meine große Israelfahne auf den Berlin-Demonstrationen 2015/2016.

Manche fanden meinen damaligen Einsatz heldenhaft, vor allem in Bezug auf die jüdenfeindliche Gesinnung mancher Berliner Kreise. Wie muß das erst 1933 gewesen sein?

Aber was ist Heldenmut gegen dieses Blumen-Verbrechen? Blaue Blume bleibt blaue Blume. Und auch Widerstand gegen die alljährlich stattfindende jüdenfeindliche al-Quds-Demonstration in Berlin, bei der gerne Israel-Fahnen verbrannt werden, macht meine Verfehlung nicht ungeschehen.

Niemand und nichts kann mich in meiner Schuld und Scham trösten, auch nicht der Hinweis auf einen Jakob Augstein, dessen Äußerungen von 2012 auf der Top-Ten-Liste des Simon-Wiesenthal-Zentrums standen, wo sich auch Holocaustleugner fanden. Dennoch hat Jakob Augstein immer noch seine eigene Sendung bei Phoenix. Man mag sich kaum den Aufschrei der Medien und den des immer politisch korrekt agierenden Zentralrates der Juden um Schuster und Knobloch vorstellen, wäre das einem AfD-Funktionär passiert.

#### Reue und Verständnis

Ich bitte den Zentralrat der Juden und alle Medien für mein Blumen-Verbrechen um Vergebung, die in Schlagzeilen wie „AfD-Politiker trägt bei Trauermarsch für ermordete Juden Nazi-Symbol“, „Während Berlin erinnert, verhöhnt ein AfD-Politiker die Opfer“ oder „Zentralrat der Juden: Geistige Brandstifter im Bundestag“ ihren Zorn zum Ausdruck gebracht haben.

Ich kann diesen Zorn nachvollziehen. Wer 2015 als glühender Unterstützer der Willkommenskultur den millionenfach aus dem Nahen Osten importierten Judenhass

guthieß, so wie das alle unsere Mainstream-Medien unter dem Beifall des Zentralrats der Juden getan haben, der muß jetzt verhindern, daß eine blaue Blume am Revers die Masse an importiertem Judenhass noch zusätzlich vergrößert. Hier gilt „wehret den Anfängen“ und „nie wieder“.

#### Reue und Versprechen

Ich bereue alles und verspreche, auf die Verletzung meiner Würde nicht empfindlich zu reagieren, wie es Hans-Georg Maaßen nach der öffentlichen Anprangerung seines Es-gab-keine-Hetzjagd-Verbrechens getan hat, der in einer Abschiedsrede vor allen europäischen Geheimdienstchefs den beim Lügen ertappten deutschen Medien russische Zustände bescheinigte. Einfach Grotesk. Als ob es maßgeblich wäre, was der Chef des deutschen Verfassungsschutzes über deutsche Mainstream-Medien denkt.

Ich bin äußerst dankbar, daß ich zusammen mit diesen immer objektiv und neutral berichtenden Medien in einer funktionierenden Demokratie leben darf, wo ein Verstoß gegen politische Korrektheit durch rechte Abweichung nicht mehr mit dem Tod bestraft wird wie unter Stalin und Mao, sondern lediglich mit Zerstörung von Ruf und beruflicher Existenz.

Und wenn demnächst der schwarze Kanal von Oliver Welke im ZDF mein Blumen-Verbrechen anprangert, dann habe ich das verdient.

#### Innerparteiliche Konsequenzen

Ich bitte meine Partei um Entschuldigung, auch für meine unverschämte Bitte, mich mit einer Presseerklärung zu verteidigen, der Gott sei Dank nicht entsprochen wurde. Ich schäme mich in Grund und Boden, daß ich meine Partei so enttäuscht und ihr so sehr geschadet habe. Ich kann nachvollziehen, daß die Partei jetzt endlich einmal hart durchgreifen muß, nachdem sich ihre Mitglieder jahrelang so duldsam als Nazis und Rechtsextreme beleidigen ließen, ohne ein einziges Mal so wirkungsvoll zurückzuschlagen, wie das die nicht so duldsame Basis fordert, nämlich im Stil von Lagerfeld oder Trump. AW



Klagemauer, Jerusalem 2014